

Dem Kali-Konzern auf die Finger schauen

Fünf-Punkte-Maßnahmekatalog der LINKEN für weniger umweltschädlichen Kali-Abbau

Umwelt- und Energiepolitiker der LINKEN aus der ganzen Bundesrepublik haben zum Abschluss einer gemeinsamen Beratung am Fuße des „Monte Kali“ eine Gerstunger Erklärung verabschiedet.

In dem Fünf-Punkte-Maßnahmekatalog fordern die Abgeordneten aus dem Europaparlament, dem Bundestag und den Landtagen einen sofortigen Stopp der Verpressung von Kali-Lauge in den Untergrund. „Dabei geht es uns nicht nur um den Schutz des Grundwassers, der umgehend gewährleistet werden muss. Es geht uns vor allem auch um die Langzeitfolgen durch die immense Laugenbelastung, die auf kommende Generationen unweigerlich zukommen“, unterstrich Katja Wolf, Umweltpolitikerin der Thüringer Linksfraktion.

Bei der Beratung, die am 5. März im Kali-Abbaurevier in Gerstungen stattfand, beschäftigte man sich auch mit Alternativen zur Laugenverpressung in den Boden und mit anderen Lösungen als dem Anhäufen riesiger Kali-Müllhalde über Tage. „Perspektivisch müsste der Abraum wieder in die entstandenen Hohlräume im Untergrund verfüllt werden“, forderte Katja Wolf.

Die jetzige Praxis der Entsorgung von Abbauprodukten und des Verfüllens von riesigen Hohlräumen mit Giftmüll unter Tage sowie der vom Unternehmen Kali+Salz favorisierte Bau einer Laugenpipeline in die Nordsee seien keine verantwortbaren Lösungen. „Wir werden nicht nachlassen, dem Kali-Konzern auf die Finger zu schauen und ihn für den Raubbau an Natur und Umwelt zu kritisieren. Es ist doch ein Skandal, dass aus Profitgier ein Großteil der natürlichen Ressourcen nicht aus dem Salz herausgeholt, sondern einfach in die Landschaft gekippt wird.“ Katja Wolf unterstrich, dass Arbeitsplätze nur dann langfristig gesichert sind, wenn hohe Umweltstan-

dards eingehalten werden: „Investitionen erhalten Arbeitsplätze und gefährden diese nicht.“

Am Vortag der Beratung in Gerstungen hatten Politiker der Linkspartei die Möglichkeit genutzt, sich bei einer gemeinsamen Besichtigung der Salzhalde bei Unterbreizbach ein Bild von der Situation vor Ort zu machen (s. Foto). Der so genannte Monte Kali dominiert als künstlich aufgeschütteter Berg mit 150 Millionen Tonen Salzabfällen und einer Höhe von rund 200 Metern die Region im Kalibergbaugebiet. Jede Stunde wächst die Halde um weitere 800 Tonnen Salzkristalle an, was sich im Jahr auf 5,5 Millionen Ton-

aber zusätzliche Arbeitsplätze schaffen“, betonte Katja Wolf.

Klare EU-Vorgaben zur Gewässerqualität

Wenig überrascht, aber trotzdem enttäuscht zeigt sich Katja Wolf von der Ankündigung des Düngemittelkonzerns, den Chemikalieneintrag kaum senken zu wollen. Sie verweist auf die klaren EU-Vorgaben zur Gewässerqualität und betont die Verantwortung der Landesregierung, „klare Zeichen zu setzen, dass diese Art des Wirtschaftens nicht mehr zeitgemäß ist“. Die Abgeordnete äußert jedoch Bedenken, inwieweit der Umweltminister seiner



nen summiert. „Was sich von der Ferne als beeindruckendes Fotomotiv darstellt, ist in der Realität eine unbeschreibliche Umweltbelastung, die sich auch noch in den kommenden Jahrhunderten in der Region auswirken wird. Dass der weltgrößte Düngemittelkonzern aus reiner Profitgier einen Großteil der natürlichen Ressourcen nicht aus dem Salz herausholt, sondern einfach in die Landschaft kippt, ist ein Skandal. Nachhaltige und Ressourcen schonende Produktionsmethoden kämen nur unwesentlich teurer, würden

Verantwortung gerecht werde. Schließlich habe K+S einen öffentlich-rechtlichen Vertrag in der Tasche. Dieser sieht eine vereinfachte Bearbeitung bei Grenzwertfestlegungen vor.

Die LINKE hatte dagegen vor dem Verfassungsgericht in Weimar geklagt und war gescheitert. „Nun werden sich die Auswirkungen dieses Vertrages mit voller Wucht zeigen. Die Leidtragenden sind die Betroffenen in der Region, die zu Recht die Belastung von Natur und Umwelt beklagen“, sagt Katja Wolf.

Text und Foto: Diana Glöckner

VON A BIS Z:

Antikorruption

Mit Blick auf die Vorschläge der Antilobby-Organisation Transparency International zur wirksamen Bekämpfung von Korruptions- und Lobbyproblemen in Deutschland forderte MdL Knut Korschewsky, sie in Thüringen umgehend zu diskutieren und umzusetzen. Das betreffe Karenzzeiten für ausscheidende Minister zwischen Amt und Einstieg in Tätigkeiten in der Wirtschaft ebenso wie das Einsetzen von Antikorruptionsbeauftragten. Notwendig seien detaillierte Antikorruptionsregister und Lobbyverzeichnisse sowie die umfassende Offenlegung von Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften von Regierungsmitgliedern und Abgeordneten. Auch müsste die sogenannte Ministeranklage vor dem Verfassungsgerichtshof als Regelung in die Thüringer Verfassung aufgenommen werden.

Nicht zuletzt machten aktuelle Ereignisse, wie die Vorgänge um den Ex-Minister Köckert oder die ‚Beschaffungsaffäre‘ im Bereich Polizei, deutlich, dass Thüringen in Sachen Antikorruption Nachholbedarf hat. „Es war ein Fehler der Landtagsmehrheit, bei der Beratung des Ministergesetzes die Vorschläge der LINKEN zur Einführung einer Karenzzeit und für umfassende Offenlegungspflichten abzulehnen. Die Linksfraktion wird erneut einen umfangreichen Katalog konkreter Vorschläge für eine wirksame Lobbyismus- und Korruptionsbekämpfung in Thüringen vorlegen und der Koalition eine Positionierung dazu abverlangen“, kündigt der LINKE-Politiker an. ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Nachdem jetzt der Landtag vom 21. bis 23. März tagt finden seine nächsten regulären Sitzungen erst wieder in der Zeit vom 2. bis 4. Mai statt. Wer Interesse am Besuch einer Sitzung hat, melde sich bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion.

„Kultur neu denken“:

Die Reihe „Kultur neu denken“ der Bundestags- und der Landtagsfraktion der LINKEN wird fortgesetzt am 12. und 13. Mai. Thema diesmal: Macht, Reformation, Freiheit - Thomas Müntzers Utopie vom Land der Freien und Gleichen. Am Samstag beginnt es 18 Uhr in der Kilian-Kirche und am Sonntag ab 10 Uhr in der Kornmarktkirche in Mühlhausen.

www.die-linke-thl.de.de

Punktedatei

Mit Blick auf die Reform der Punktedatei in Flensburg, die laut Bundesverkehrsministerium die Erhöhung der Verkehrssicherheit zum Ziel hat, forderte MdL Dr. Gudrun Lukin u.a. mehr Verkehrskontrollen. „Weder Punkte noch Bußgelder können Unfälle verhindern oder Raser und Alkoholfahrten stoppen, wenn nicht gleichzeitig die Anzahl der Verkehrskontrollen erhöht wird. Wesentlich sinnvoller sei es zudem, Verkehrssicherheit durch Verkehrserziehung und Bildung zu erreichen. Gerade in Kitas und Schulen muss das richtige Verhalten im Straßenverkehr gelernt werden, sollten Kinder frühzeitig mit Verkehrsregeln und der Nutzung verschiedener Verkehrsmittel vertraut gemacht werden.“ ■

Schulsozialarbeit

„Endlich soll es ein Landesprogramm zur Schulsozialarbeit geben“, so MdL Matthias Bärwolff. Der Bedarf sei riesig und betreffe vor allem Regelschulen und Förderzentren. „Die derzeitige Situation, dass beispielsweise in Jena 18 Schulsozialarbeiter tätig sind, in Erfurt 14 und in Sömmerda keiner, ist Ergebnis der bisherigen Weigerung der Landesregierung, das notwendige Geld zur Verfügung zu stellen bzw. verbindliche Vorgaben für die Kommunen zu machen“, sagte der Sozialpolitiker und stellte fest: „Auch beim Thema Schulsozialarbeit wird deutlich, dass ‚LINKS wirkt!‘. Jetzt muss das Landesprogramm kommen und über den nächsten Wahlkampf hinaus gesichert werden.“ ■

Kooperationsverbot

„Die Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern in der Bildung ist überfällig“, sagt MdL Michael Sojka. Länder und Kommunen tragen momentan bis zu 90 Prozent der gesamten Bildungsausgaben. Der Bund muss unterstützend eingreifen. „Schleswig-Holstein hat bereits einen weitreichenden Entschließungsantrag eingebracht. Die Landesregierung sollte dies nicht nur begrüßen. Thüringen muss Initiativen im Bundesrat aktiv unterstützen, die darauf gerichtet sind, die Kooperationsmöglichkeiten auch im Bereich der Bildung zu erweitern. Schließlich geht es darum, die durch die Föderalismusreform herbeigeführten Einschränkungen zu überwinden“, so die LINKE Abgeordnete. ■